

Antrag Nr. 3

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 178. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 9. November 2022

Die Arbeitsmarktpolitik des AMS ist zentral für eine sozial-verträgliche Klimapolitik

Die Klimakrise beeinflusst, welche Berufe, Qualifikationen und Kompetenzen am Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Gleichzeitig macht ambitionierte Klimapolitik, insbesondere das Ziel, den Einsatz fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) immer weiter zu verringern (Dekarbonisierung), massive Veränderungen in der gesamten Arbeitsleistung, in der Arbeitsweise und in den ausgeführten Tätigkeiten notwendig. Es braucht daher eine Arbeitsmarktpolitik, die auf die Auswirkungen der Klimakrise auf den Arbeitsmarkt sowie die Anforderungen der Klimapolitik reagiert.

Arbeitnehmer:innen in Österreich sind schon heute von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen: Schäden durch Extremwetterereignisse, wie Starkregen und Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürre oder Stürme gefährden ihren Lebensraum und führen zu einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen. Zusätzlich beeinträchtigt die Erhitzung der Erde die Gesundheit der Menschen.

Klimaziele ernst zu nehmen, schützt Arbeitnehmer:innen vor den oben beschriebenen Konsequenzen der Klimakrise. Klimapolitik bedeutet aber auch, dass Branchen, die sehr stark an die Nutzung fossiler Energien gebunden sind, von Stilllegungen oder Umstrukturierungen hin zu ökologisch nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen betroffen sein werden. Gleichzeitig wird es zu Veränderungen bei Angebot von und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen mit fossilem Energieverbrauch kommen. Beschäftigte in jenen Branchen können sich ihrer Beschäftigung nicht mehr sicher sein und die Klimakrise wird zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts, denn: ohne politische Gestaltung verfestigt die Klimakrise Diskriminierungen und bestehende Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt sowie prekäre Arbeitsbedingungen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen können nicht nur die Auswirkungen von Klimakrise und Klimapolitik auf Arbeitnehmer:innen abfedern, sondern aktiv und gestaltend ökologisch vorteilhafte und sozial gerechte Wirkungen erzielen. Nur wenn die soziale und die ökologische Frage gleichberechtigt berücksichtigt und ineinander verschränkt werden, lassen sich die Klimaschutzziele erreichen und ein gutes Leben für alle Arbeitnehmer:innen realisieren. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss daher zukunftsfähige Berufe sichtbar machen, sie aufwerten und die dafür notwendigen (Re-)Qualifizierungen bereitstellen. Sie ermöglicht Arbeitnehmer:innen den Wechsel in Wachstums- und Zukunftsbranchen, die im Einklang mit einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Produktion und Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen stehen. Bei all dem müssen Arbeitnehmer:innen angemessen abgesichert sein. So trägt eine moderne Arbeitsmarktpolitik nicht zuletzt dazu bei, den Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitnehmer:innen zu decken und Beschäftigte zu ermächtigen, insgesamt ihre Berufs- und Einkommenskarriere zu verbessern.

Weder die bestehenden Vorhaben und Ziele der Arbeitsmarktpolitik der Regierung noch die gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des AMS begegnen den durch die Klimakrise auf dem Arbeitsmarkt hervorgerufenen Herausforderungen in angemessenem Ausmaß. Das umfangreiche arbeitsmarktpolitische Instrumentarium des AMS weist in dieser Hinsicht derzeit nur punktuell und regionsspezifische Maßnahmen

auf. Es fehlt an einem gesamtheitlichen und bundesweiten Strategieansatz für die Einbettung der Arbeitsmarktpolitik im sozial-ökologischen Transformationsprozess.

Die Politik ist aufgerufen gemeinsam mit den Unternehmen Arbeitsplätze zu schaffen, die den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft unterstützen. Gleichzeitig kann die Arbeitsmarktpolitik in Österreich einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, mit der Herausforderung der Klimakrise umzugehen, wenn Sozial-Arbeitsmarkt- und Klimapolitik zusammen gedacht werden.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, auf, die Verantwortung der Arbeitsmarktpolitik in der Herausforderung Klimakrise wahrzunehmen:

- **Bundesweite AMS-Strategie:** In den arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben soll eine bundesweite AMS-Strategie für eine sozial verträgliche und ökologisch nachhaltige Arbeitsmarktpolitik festgehalten und das AMS zu dessen Umsetzung aufgefordert werden.
- **Die arbeitsmarktpolitische Strategie muss stärker auf Aus- und Weiterbildungen in zukunftsfähigen und ökologisch nachhaltige Beschäftigungen fokussieren:** Einerseits sollen Mitarbeiter:innen in Unternehmen, die vor einer Schließung oder Umstrukturierung stehen, die Möglichkeit einer Beschäftigung in Wachstums- und Zukunftsbereichen erhalten. Andererseits müssen auch arbeitssuchende Personen die Chance auf Aus- und Weiterbildungen für zukunftsfähige Beschäftigungen bekommen. Dazu braucht es:
 - pro-aktive Berufs- und Qualifizierungsberatung durch spezifisch geschulte AMS-Berater:innen,
 - Aus- und Weiterbildung in der Arbeitszeit für Arbeitnehmer:innen,
 - sowie gute existenzielle Absicherung während (Re-)Qualifizierungen für arbeitssuchende Personen.
- **Zukunftsfähige Beschäftigung schaffen und fördern:**
 - Mit dem AK Modell einer Jobgarantie soll sozial verträgliche und ökologische nachhaltige Beschäftigung geschaffen werden. Sie beendet länger dauernde Arbeitslosigkeit und ermöglicht eine gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung.
 - Arbeitsmarktpolitische Unterstützungsprogramme des AMS für Unternehmen sollen darauf ausgerichtet werden, sozial verträgliche und ökologisch nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl technisch-orientierte Green Jobs zur Bewältigung der Energie- und Mobilitätswende als auch dienstleistungsorientierte Niedrig-Emissionen-Tätigkeiten (z. B. im Bereich Gesundheit und Pflege, Bildung und in der Kreislaufwirtschaft).
- **Langfristige Ausstattung des AMS mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen:** Das AMS als zentrale Drehscheibe für Berufsinformation und -ausbildung sowie Stellenvermittlung übernimmt eine Vorreiterrolle in (Re-)Qualifizierungen, die zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Dazu gehört auch die Erforschung zukunftssicherer Berufe und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Weiterentwicklung und Begleitung der Ausbildungen zu den neuen oder adaptierten Berufsbildern. Um das zu ermöglichen, braucht es eine dem entsprechende, ausreichende und langfristige, Budget- und Personalplanung.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich